

reads 8 Uhr,  
tsbundaben  
rg.  
gig aus Wildbad: A  
dem Kinderleben; Pled  
5. Januar 1926.  
ief sanft meine ge-  
er meiner Kinder,  
ebe Schwester und  
a Pfeiffer,  
er.  
rauer:  
Pfeiffer,  
elga u. Robert,  
geb. Verschow.  
ormittags 10 Uhr  
achmittags 1/3 Uhr  
k. Januar 1926.  
ung.  
rglicher Teilnahme,  
en unserer lieben  
ttikel,  
twe,  
hliche Begleitung  
für die Lebensalle  
sagen herzlich  
Hinterbliebenen.  
ähriige  
auf  
ing  
kaufs.  
tion:  
r  
ur  
arz.

**Bezugspreis:**  
Halbjährlich in Neuen-  
bürg 75 Goldm. Durch  
die Post ins Ausland 80 Goldm.  
in. Postgebühren. Parle  
freie. Kassenbeleg  
nordhessen. Preis einer  
Nummer 10 Goldm.  
In Fällen von Gewalt  
belehrt kein Anspruch auf  
Erfüllung der Zeitung ab,  
auf Wiederherstellung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Poststellen, sowie Agen-  
turen u. Buchhändler  
jederzeit entgegen.  
Preis-Rest Nr. 24  
O. E. - Ausgabe Neuenbürg.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.  
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Anzeigenpreis:**  
Die erste Zeile oder  
deren Raum im Bezirk  
20, übrige 25 Goldm.,  
Nacht- oder 30 Goldm.,  
in. Zeitungs-Redakt.  
Anzeigen 100, Zeitungs-  
Anzeigen 20 Goldm.  
Bei größeren Aufträgen  
Kontakt, der im Falle des  
Mahnverfahrens hinfäl-  
lig wird, ebenso wenn  
Zahlung nicht innerhalb  
3 Tagen nach Rechnungs-  
datum erfolgt. Bei Zeit-  
ungsveränderungen treten so-  
fort alle früheren Ver-  
einbarungen außer Kraft.  
Preisänderung Nr. 4.  
Für telefonische Aufträge  
wird besonderer Gewinn  
übernommen.

Druck und Verlag der E. Hiesch'schen Buchdruckerei (GmbH) D. Strom. für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

125.

Freitag, den 8. Januar 1926.

84. Jahrgang.

Neuenbürg, 1926.

**Stuttgart, 7. Jan.** In der Vertreterversammlung der Deutschen demokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, die den Fraktionen im Land- und Reichstag volles Vertrauen ausdrückt. Angesichts der barbarischen Behandlung der Deutschen in Südtirol durch die Italiener sowie der sich ständig verschlechternden Lage der deutschen Minderheiten in den Grenzgebieten wird an die Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen gerichtet, mit allem Nachdruck für die Lebensinteressen der deutschen Minderheiten in Italien wie in allen Gebieten, wo das Deutschtum als Minderheit bedroht ist, einzutreten.  
**Berlin, 7. Jan.** Landesgerichtsdirektor Schwarze, der, wie das Berliner Tageblatt" erzählt, durch den Prozeß gegen den Reichsanwaltsdirektor Arnold schwer bloßgestellt sein soll, ist vorläufig seines Amtes am Berliner Landgericht I entbunden worden. Gleichzeitig wurde gegen Schwarze, der nebenamtlich Justizrat bei der Reichsanwaltschaft Charlottenburg und mit Arnold eng befreundet war, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wegen des Verdachts, daß er an den Verfehlungen Arnolds in nicht unbedeutendem Maße beteiligt war. U. a. soll Sch. den Kauf des berühmten Gainsborough-Bildes für Arnold in der Schweiz vermittelt und dafür eine Provision von 10 000 Franken erhalten haben. Ferner soll er die Kinder Arnolds nach dessen Verhaftung aufgesucht haben, seine an Arnold gerichteten Briefe zu vernichten. Die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

**Ein Ausnahmefreiheit gegen das Handwerk.**  
In einer Sitzung vom 4. Januar, die im Handwerkskammergebäude in Stuttgart stattfand, besaß die Arbeitgebergemeinschaft des württ. Handwerks eingehend mit dem Reichsanwaltsdirektor Arnold über die Verhältnisse des württ. Handwerks im Reichstag. In der anschließenden Aussprache waren sich sämtliche Redner in der bejahenden Jurisdiktion der angeführten Bestimmungen des Gesetzes einig. Die Verammlung schloß zum Schluß ihren einstimmigen Protest in folgender Entschließung zusammen, die gleichzeitig mit der dringlichsten Bitte um Unterstutzung der württ. Staatsregierung und den einzelnen Ministerien unterbreitet wurde: "Die am 4. Januar im Handwerkskammergebäude in Stuttgart zusammengetretene Arbeitgemeinschaft des württ. Handwerks legt entrüstet klärende Verwahrung ein gegen den von der Reichsregierung herausgegebenen Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaus hinsichtlich der Art. II und IV und erwartet von der württ. Regierung, daß sie für Ablehnung dieser Bestimmungen im Interesse des deutschen Handwerks und damit der deutschen Volkswirtschaft mit aller Energie eintritt. Die beschriebenen Maßnahmen verstoßen gegen die Reichsverfassung, die den Schutz des gewerblichen Mittelstandes ausdrücklich vorseht."

**Neue Geschäftsordnung für den Landtag.**  
Die Geschäftsordnung des Landtags in ihrer jetzigen Fassung datiert vom Jahre 1908. Sie wurde nach der Staatsanwaltschaft, welche dem Landtag eine ganz andere Stellung und Bedeutung als früher brachte, beibehalten und sinngemäß angewendet. Seit Jahren schon besteht der Wunsch, eine neue, den jetzigen Verhältnissen angepaßte Geschäftsordnung zu schaffen. Vom Geschäftsordnungsausschuß des Landtags wurde der Abgeordnete Keil (Soz.) ersucht, den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung zu bearbeiten. Herr Keil schenkt dazu in besonderem Maße Sorgfalt, weil er als früherer Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung und als Abgeordneter, der nun auf eine zehnjährige Tätigkeit im Parlament zurückblickt, naturgemäß eine besonders große parlamentarische Erfahrung hat. Er stellt nun in letzter Zeit den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung auf, welcher am Montag vom Geschäftsordnungsausschuß in Beratung genommen worden ist. Aus dem eingehenden Vortrag des Berichterstatters verdient besonders hervorgehoben zu werden die Tatsache, daß die jetzige neue Geschäftsordnung die fünfte Geschäftsordnung des württembergischen Landtags sein wird. Die erste Geschäftsordnung wurde erlassen im Jahre 1821. Sie war in Gültigkeit bis 1849. Im Jahre 1851 wurde eine neue Geschäftsordnung geschaffen, welche bis 1875 angewendet wurde. Die im Jahre 1875 beschlossene Geschäftsordnung galt bis 1908, und in diesem Jahre wurde durch den damaligen Berichterstatter Gröber (Hr.) die heute noch geltende Geschäftsordnung des württembergischen Landtags vorbereitet. Der Reichliche Entwurf fand in der generellen Aussprache die grundsätzliche Zustimmung aller Parteien. Es wurde in die Spezialberatung eingetreten, welche naturgemäß reaktionelle, zum Teil auch sachliche Abänderungen ergeben wird, auf welche der Berichterstatter in einzelnen Fällen besonders hingewiesen hat.

**Stuttgart, 5. Jan.** Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags legte heute die Beratung des neuen Geschäftsordnungsentwurfes des zum Berichterstatter bestimmten Abg. Keil fort. In der Spezialberatung wurden die Paragraphen 1-13 erledigt. Danach ist folgender Aufbau vorgesehen: Der § 1 handelt vom Zusammenritt und der vorläufigen Geschäftsleitung des Landtags, § 2 von der Wahl des Vorstandes (Präsident, Vizepräsidenten und Schriftführer), § 3 von der Festhaltung der Rechte der Mitgliedschaft, § 4 von der Wahl des Staatspräsidenten durch den Landtag, § 5 von den Aufgaben des Vorstandes im einzelnen, § 6 von den Aufgaben und Rechten des Präsidenten, § 7 von den Rechten der Stellvertreter des Präsidenten (Vizepräsidenten), § 8 von den Befugnissen der Schriftführer, § 9 von der Bildung der Abgeordneten zur Teil-

nahme an den Arbeiten des Landtags, § 10 von der Bestellung der Abgeordneten und der Landtagsbediensteten an die Abgeordneten, § 11 von der Anwesenheitsliste. Der ferner im Entwurf vorgesehene § 12 wurde gestrichen, § 13 handelt von der Anwesenheitsliste und der Abgabe an die Abgeordneten, § 14 von der Bildung der Fraktionen. Hierbei entwickelte sich eine längere Debatte über die Frage, ob an dem seitherigen Modus festgehalten werden solle, wonach 7 Abgeordnete zur Bildung einer Fraktion notwendig sind. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Zahl 7 auf 5 herabzusetzen. Fortsetzung der Beratungen am Donnerstag nachmittag 3 Uhr.

**Rürnberg, 6. Jan.** Die gerichtliche Mitteilung an den mittelfränkischen Regierungspräsidenten v. Daber, daß gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe die Voruntersuchung wegen Weinschändels eingeleitet sei, ist vom 30. Dezember datiert. Es muß ausfallen, daß der Hauptbeteiligte Dr. Luppe bis heute noch keinerlei Mitteilung, weder von der Staatsanwaltschaft noch von dem Untersuchungsrichter, über die Tatsache der Eröffnung des Verfahrens gegen ihn selbst erhalten hat, und daß er infolgedessen auch gar nicht weiß, in welchen Punkten seiner sehr umfangreichen, sich auf fast alle Sitzungstage des vierwöchigen Prozesses Luppe contra Streicher erstreckenden Auslagen er sich einer Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht habe. Aus der Tatsache jedoch, daß in der vom Regierungspräsidenten erlassenen Verfügung der Suspendierung Luppes als Grund angegeben ist "Weinschändelverfahren gegen Dr. Luppe und einem Genossen" und dem weiteren Umstande, daß gegen den früheren sozialdemokratischen Stadtrat Japf, dessen Ernennung zum Oberinspektor beim Stadt-Verkehrsamt so viel Staub aufwirbelte, ebenfalls die Verurteilung wegen Weinschändels eingeleitet worden ist, kann geschlossen werden, daß sich der Verdacht auf die Auslagen von Luppe und von Japf über den bekannten Mantelbezug Luppes aus der Mittelbezugsstelle und auf die Unterhaltung der Remise Luppes als Mantelbezug in den Wärdern der Mittelbezugsstelle bezieht.

**Die finanzielle Heberbelastung der Wirtschaft.**  
**Berlin, 6. Jan.** In letzter Zeit ist wiederholt in der Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht das Beste sei, auf den Artikel 10 der Reichsverfassung zurückzugreifen, um mit seiner Hilfe über die Regierungsmacht hinwegzukommen und ihn gleichzeitig zum Kalch für bestimmte Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zur Behebung oder Milderung der Wirtschaftskrise zu nehmen. In der linksgerichteten Presse sind diese Erwägungen als Diktaturgeheiß dargestellt worden und haben allgemein eine ziemlich scharfe Ablehnung erfahren. Zur Veranschaulichung der links orientierten Blätter kann gesagt werden, daß derartige Pläne nirgends bestehen, daß vor allem die Wirtschaft eine Diktatur überhaupt nicht würde ertragen können. Wenn demnach die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Diktatur erörtert wurden, so bestand der Zweck dieser Ausführungen lediglich darin, auf das unbedeutende Ausmaß unserer Wirtschaftskrise und ihre Ursachen aufmerksam zu machen und die Parlamente aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, die von einem durchschlagenden Erfolg begleitet sind. Die Gründe der Krise, mindestens aber ihrer Verschärfung, liegen bekanntlich in der finanziellen Heberbelastung unserer Wirtschaft, die sich zum Beispiel darin äußert, daß die Steuereinnahmen wesentliche Heberlasten aufweisen, also den Schein eines Reichtums vortäuschen, während wir in Wirklichkeit von der Substanz leben. Dabei laugt für uns ein Moment wirklicher Gefahr an, weil sich für das Ausland Möglichkeiten ergeben, eine Propaganda zur Revision der uns auferlegten Leistungen in der Richtung zu eröffnen, daß diese erhöht werden müssen. Auch der Reparationsagent Barter Gilbert hat in seinem letzten Bericht schon auf die Steuereinnahmen des Reiches hingewiesen. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge so, daß unsere Wirtschaft unter der finanziellen Belastung zusammenbricht. Für den Reichstag ergibt sich also eine Hauptaufgabe darin, die gesamte Steuerpolitik einer Revision zu unterziehen und sie der tatsächlichen Vermögensfähigkeit unserer Wirtschaft anzupassen. Dadurch würde auch der Schein vermieden werden, als ob wir überhaupt leistungsfähig sind. Wie es um die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft in Wirklichkeit bestellt ist, ergibt sich aus der täglich steigenden Zahl der Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen.

**Um die Regierungsbildung.**  
**Berlin, 7. Jan.** Die "Germania" unterbreitet heute nochmals, daß es für das Zentrum in diesem Reichstag nur eine Parole gebe: die Große Koalition. Das Zentrum-Organe empfiehlt aber für die Behandlung der Koalitions- und Regierungsbildung die Methode, daß der künftige Kanzler sich zunächst seine Minister aus den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien holen soll, ohne daß die Fraktionen in Einzelheiten dazwischenreden. Die einzig mögliche Funktion der Fraktionen wäre ihre Erklärung, daß sie keinem ihrer Mitglieder einen Stein in den Weg legen wollen, wenn es dem Kaiser zur Übernahme eines Postens folge leitet. "Wir würden es", bemerkt die "Germania" wörtlich, "nichts als einen ernsthaften Abtritt an der von uns geforderten Großen Koalition ansehen, wenn die Frage der Bildung der Fraktionen in einem so zustande gekommenen Kabinett zunächst offen bliebe. Man läßt auf diese Weise auch an den Schwierigkeiten vorbei, die darin bestehen, daß bei den früheren Verhandlungen schon Programme aufgestellt worden sind." In der Reichspresse kommt zum Ausdruck, daß dem Verzicht des Zentrums und der Deutschdemokraten, doch noch zur Großen Koalition zu gelangen, praktische Bedeutung nicht mehr beizumessen sei, daß die Entwicklung vielmehr zwangsläufig auf ein Kabinett der Kleinen Mitte unter Luther zutriebe.

**Die Erwerbslosenfrage.**  
**Berlin, 7. Jan.** In der halbamtlichen Nachricht über Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Länder über wichtige Fragen der Erwerbslosenfrage weiß eine Berliner Korrespondenz noch zu melden, daß der Reichsarbeitsminister einen Rundschreiben an die Länder geschickt habe, worin angekündigt wurde, daß die Gemeinden, die Hochstandsarbeiten vornehmen, in Zukunft pro Kopf für Erwerbslose das Fünftel des in der Gemeinde geltenden Satzes zur Erwerbslosenunterstützung erhalten. Die Reichsverbände würden weiter als Vorleben gewährt werden mit 5 Prozent Zinsen und rückzahlbar nach zehn Jahren.

**Ausland**  
**Budapest, 7. Jan.** Die Budapestter Falschmünzer-Affäre wächt sich zu einem Kampf des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen gegen die rechtsradikalen Kräfte aus.  
**Paris, 7. Jan.** Die Pariser Nationalistenpresse beginnt einen neuen Feldzug gegen Deutschland, vor allem wegen seiner Forderungen in der Luftfahrtfrage.  
**Wegen der Unterdrückung der Deutschen in Südtirol.**  
**Wien, 7. Jan.** Wie die Korrespondenz "Der Tag" aus Innsbruck meldet, erlief der Tiroler Landeshaupmann den Befehl des italienischen Generalkonsuls in Innsbruck, der ihm im Auftrag seiner Regierung eine Beschwerde gegen den freisinnigen Ton der Südtiroler Presse gegenüber Italien vorzulegen, der die Deutsche Südtirol in ihrem Widerstand gegen die italienische Regierung und deren Organe aufhebe. Der Landeshaupmann teilte die Beschwerde in einer Konferenz der Pressevertreter Südtirols mit, die sich eine leidenschaftliche Antwort vorbehalten. Die Antwort der südtiroler Presse verurteilt die Unterdrückung der deutschen Südtiroler, die moralische Unterdrückung der Südtiroler anzugehen, und verweist auch darauf, daß den deutschen Zeitungen Südtirols der Einfluß in Südtirol praktisch verwehrt werde. Die Pressevertreter Südtirols weisen einstimmig auf die nationale Verdrängung der Deutschen Südtirols hin, die sich auf gesetzlichem Wege nicht wehren können, sowie auf den Vernichtungskampf der Falschmünzer gegen die deutsche Schulverwaltung und Gerichtsverwaltung und gegen die Zeitungen. Angesichts der Unterdrückung der deutschen Südtiroler erklären die Südtiroler Blätter es für ihre Pflicht, die Gewalttaten in Südtirol überleben zu verbreiten. Auch die Volksgestellten Südtirols drohen mit Repressalien gegen Italien.

**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung**  
**Neuenbürg, 8. Jan.** Bei dem geitigen erstmaligen Aufbruch des Schulmoderators Schreutleichen Künzeiens an der alten Hirscheimerstraße bei der Enzbrücke blieb, nachdem vom Verkehrsamt der Herr Bezirksleiter Herr, die für den Käufer in Betracht kommenden finanziellen und sonstigen Verbindlichkeiten erläutert worden waren. Herr Fr. Hirscheimer, Herr und Damenmoderator hier, mit 11 100 M. Höchstbietender. Das Gebäude wurde im Herbst v. J. vom Gemeinderat auf 20 000 M. bewertet. Voraussetzungen dürfte eine zweite Versteigerung erfolgen.  
**(Wetterbericht.)** Die Wetterlage hat sich nicht verändert. Auch am Samstag und Sonntag ist unbedeutendes, zeitweiliges bedecktes und regnerisches Wetter zu erwarten.  
**Wirtensfeld, 7. Jan.** Die Ortsbehörde gibt erneut bekannt, daß unter Strafanzeige jeder Haus- und Grundbesitzer die Straße, die Gehwege und Rindeln auf die Länge seines Grundstückes zu reinigen habe. Diese Bekanntmachung ist ganz am Platz und kann nicht über aufgenommen werden. Unsere Ortsstraßen sind mit großen Rollen in einen guten Zustand gesetzt worden und müssen nun auch in reinem Zustand erhalten bleiben.

**Döbel, 4. Jan.** Mit einem erlebten Programm ertrug der Turnverein am Sonntag, den 3. Jan., im Saal des Hotels "Sonne" seine Gäste bei seiner Weihnachtseier. Für jeden einzelnen Turner muß es eine Freude gewesen sein, zu sehen, wie die der geräumigen Saal um 7 Uhr abends befüllt war. Nach einem Musikstück begrüßte Vorstand König die Erbsenenen, er führt in seiner Ansprache die Bedeutung der edlen Turnerei vor Augen. Was an turnerischen Vorkühnungen geübt wurde, war sehr lobenswert und muß anerkannt werden, daß in dem Verein ein froher und turnerischer Geist herrscht. In mondem dem Verein noch freistehenden jungen Mann mag in Derser der Gedanke aufsteigen sein, ich möchte, mein Körper wäre auch so geschult wie der dieser Jung- und Mannen, welche ihre Übungen so schneidig ausführen. Für Heiterkeit sorgten einige Theaterstücke und humoristische Vorträge, welche in trefflicher Weise vorgelesen wurden, worunter den Rednern die Sorgen des Alltags gewiß für einige Zeit entlasteten. Den Abend verlebten noch der "Wiederkehr" unter der Leitung eines schneidigen Dirigenten, Herrn Dannelecker, auch, mit einigen Liedern, ferner Herr Emil Kramer, welcher die Hohenstaufen reichlich anfüllte durch seine Klavierkonzerte. Den Schluß der Veranstaltung bildete eine Gedenkverlesung.

**In den Herrmalber Puffstisch.**  
Das Jahr ist um, es war nicht schön,  
Man hat halt den Jakob so selten gesehn!  
Gefangen hinter dem Schallengeritter,  
Bergramt als wie ein Reidenhütter,  
Vertrauerte er die Sommerzeit,  
Wo andere Leute Zeitvertreib,  
Erholung, Freud und Tanz hier fanden  
Aus Württemberg und anderen Länden,  
Dram wie die Saison niemals gut,



hüllen mit schlach-  
berg.  
ang für 1925 jeht  
funktionelle Schick-  
den drei letzten  
babe die je 15  
von 1896, 1910  
gliden. Die Ge-  
nen von 2,08 über  
glieder der eoa-  
nänger" zu von  
zählte man nach-  
Millionen. Pro-  
keiner Kirche An-  
50 216. Es ergibt  
0 Jahren relativ  
es 89,2 v. D. der  
bleichlich nur noch  
genau zwei Drit-  
dagegen nahmen  
das ist nicht ganz  
blieben in ihrer  
ntis ab, nämlich  
Die Disiden-  
von 1886 bis  
60 Jahren, haben  
rogen heute rund

weiter der Lohn-  
age Lage in der  
n: In den grob-  
berg wird weiter  
sfindungen der  
en wird. In den  
d seit vorgestern  
der Arbeit wird  
die Arbeiterkraft  
kennt. In den  
d ruht ebenfalls  
wieder aufgenom-  
en in dem Sinne  
n, in denen früh  
wird zu den Eis-  
gungen, d. h. zum  
fernehmen dafür  
den Woche erneut  
den stattfinden,  
Kaufkraft kommt.  
n Industriefirmen  
Kaufkraft getreten  
st, wobei über  
Bedingungen des  
ne. Die Abstim-  
mer Bedingungen,  
erbetet durch den  
Balkheit bedroht  
Kaufkraftgebietes ist  
rischkeit in Abde-  
ben, während in  
er sich nicht damit  
an die von hier  
verwandten hier  
von seit einiger  
em jungen Mann  
ie ein Verhältnis  
urde Schlitt ver-

Wird es hell durch alle Lande klingen; das hohe Lied vom  
Deutschtum an der Saar!  
Die Wartburg gefährdet. Die erste Hälfte des jetzigen Win-  
ters mit ihren gewaltigen Schneemassen und den schroffen Um-  
schlägen von strenger Kälte zu unzeitgemäßer Wärme hat  
auf der Wartburg bei Eisenach erheblichen Schaden zugefügt.  
Infolge der Feuchtigkeit der Mauern ist besonders im Dampf-  
schloß des sogenannten Landgrafenhaukes, das das Landgrafen-  
zimmer, den Sängersaal, die Elisabeth-Galerie und die Kapelle  
umgibt, der Schwamm derart in dem Holzwerk ausgebrochen,  
daß der Fußboden einbüchsiglich Balkenlage teilweise wegen  
stehenden Durchbruchs entfernt werden mußte. Die schweren  
schiefen Trüben und Schräne von hohem Kunstwert konn-  
ten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Großen  
Schaden hat dagegen eine Anzahl von Wandgemälden erlitten.  
Es sind dies in erster Linie die Bilder der Elisabeth-Galerie  
an dem Leben der hl. Elisabeth, sowie Gemälde von Moritz  
von Schwand. Man ist sofort mit allen Mitteln daran gegan-  
gen, dem Weitergeraten des Liebes entgegenzuarbeiten.

Der große Mann auf der Kanzel. Am zweiten Weihnachts-  
tag hat ein Japaner, Professor Kanamori, einer der bedeutend-  
sten Evangelisten der protestantischen Kirche in Japan, in der  
Dreifaltigkeitkirche in Berlin die Kanzel bestiegen und geredet.  
Ein durchgeistigtes gütiges Buddha-Gesicht sprach zu den  
Hörern, ein Mann kam von der anderen Seite der Erde, wo  
die Lehre des Christentums noch jung ist, um hier die Geschichte  
einer Bekehrung zu erzählen. Professor Kanamori hat vor  
mehr Jahren Japan verlassen, ist durch Australien und Amerika  
gewandert, hat in England gepredigt und ist dann nur für wenige  
Tage, nachdem er vorher in der Schweiz war, nach Berlin ge-  
kommen. Von hier fuhr er nach Paris, und von dort kehrte er  
in seine Heimat zurück. Kanamori war Konfuzianer. Als  
Lehrer einer Regierungsschule in Kumamoto lernte er mit  
mehreren Kameraden durch einen Engländer die Bibel kennen.  
Die jungen Studenten begeisterten sich für das Buch so, daß sie  
sich zum Christentum bekehrten. Sie trugen auf den Gipfel  
des heiligen Klumensberges bei Kumamoto und legten dort ein  
christliches Gebilde ab, das sie ihr Leben dem Evangelium  
weihen wollten. Diese schöne Geschichte erzählte der Japaner  
in der Dreifaltigkeitkirche und der Eindruck seiner Rede war  
sehr groß. Dieser Mann, entbrannt für einen Glauben, kam  
zu uns, sagt das „Berl. Tageblatt“, um uns zu erzählen, wieviel  
größer und reiner dieser Glaube sei, als die in seiner Heimat  
anerkannte Lehre des Konfuzius.

Quadrantenförmige Kellerräume. Die Lage des Stellenmarktes für kaufmännische Angestellte hat sich  
in Dezember weiterhin verschlechtert. Nur der Groß- und  
Einzelhandel haben sich durch das Weihnachtsgeschäft etwas zu  
beleben vermocht, wenn auch nicht überall und in allen Ge-  
bietsteilen. Nach Weihnachten sind die Kellerräume, namentlich  
in den Städten, wieder entleert worden. Im Deutschen Reich  
bestanden sich Ende Oktober bereits 53.000 männliche und 24.000  
weibliche Handlungsgehilfen ohne Stellung. Diese Zahl dürfte  
sämmtlich durch die Entlassungen zum 31. Dezember auf an-  
nähernd 100.000 gestiegen sein.

Heimatlose Kinder. Bezeichnend für die Zustände in Som-  
mer- und Winter sind die Waisenkinder, die sich heimtöde im Land  
verstreuen und, wie die „Brandenburgische Zeitung“ schreibt, eine große  
Gefahr für die öffentliche Ordnung bilden. In Rossau soll ihre  
Zahl 9000 betragen, im nördlichen Kaukasus 60.000, ihre Ge-  
samtheit schätzt man auf 300.000. Den Lebensunterhalt ver-  
suchen sich die Waisen dieser heimtöde Kinder unter der  
Führung der Mütter unter ihnen durch Bettel und Diebstahl.  
Doch überall Mütter unter ihnen herrschen, ist selbstverständlich.  
Sollte es nicht, sie wieder zu brauchbaren Gliedern der Ge-  
sellschaft zu machen, so lassen sie vollständig dem Verbrechen  
anheim. In Fürsorgeanstalten haben sie bisher alle Diszi-  
plin über den Dauten gewonnen. Man hofft nun sie einzeln in  
Bauernfamilien unterzubringen; jeder Pflegevater soll ein  
Einkommen und eine Summe Geldes für seine Arbeit be-  
kommen.

### Handel und Verkehr.

Stuttgart, 7. Jan. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und  
Schlachthof wurden zugeführt: 42 Ochsen (unverkauft 10), 8 Bullen,  
4 Jungbullen, 50 (10) Jungstiere, 26 Kühe, 961 (230) Schweine.  
Bis auf je ein St. Lebensgewicht: Ochsen 1. 45-48 (letzte Markt:  
17-50), 2. 34-44 (unv.), Bullen 1. 48-50 (50-52), 2. 40-46 (41-41  
48), Jungstiere 1. 48-51 (51-54), 2. 40-46 (42-49), 3. 33  
38 (35-40), Kühe 1. 30-40 (30-41), 2. 17-27 (18-28), 3. 12  
15 (13-18), Schweine 1. 82-84 (89-90), 2. 80-82 (87-88),  
1. 77-79 (84-86), 4. 73-77 (80-83), Sauen 56-70 (60-75)  
Roh. Preis des Marktes: Schleppe, Ueberstand.

Stuttgart, 7. Jan. (Condensobahnverkehr). Die Lage auf dem  
Betriebsmarkt, sowie die Preise sind unverändert: Weizen 22,50-25,  
Sommergerste 19-22, Roggen 17,50-18, Hafer 17-19, Weizenmehl  
4,50-4,55, Brauermehl 34,50-35,50, Kleie 9,75-10,25, Weizenroh  
130-7,50, Rüböl 7,50-8,50, drahtgepresstes Stroh 4,50-5 Mark  
zu 100 Kg.

Wurgach, 7. Jan. (Milchpreis-Herabsetzung). Seit Dienstag  
am 5. Januar ist der Verbraucher- (Kaufmanns-) Milchpreis in der  
heiligen Stadtmarkt von 24 auf 20 Pfg. pro Liter herabgesetzt  
worden.

Rückgang der Schweinepreise. Um geliehen Berliner Schweine-  
markt hat der Preis für ein Pfund Lebendgewicht für die erste Klasse  
um 100 auf 85 Pfg. laut „Berliner Lokalanzeiger“ ist damit zu  
erkennen, daß die Schweinepreise in nächster Zeit fallen werden und  
daß dies auch in den Rheinlandspreisen zum Ausdruck kommt.  
Vierpreis-Abbau? Die bayerische Regierung hat eine Be-  
wegung zum Abbau des Bierpreises eingeleitet. Sie verlangt,  
daß der Preis für das Einlocher um zwei Mark für das  
Einlocher ermäßigt werde. Die Brauer und Gastwirte sollen  
zu gleichen Teilen an der Ermäßigung mitwirken. Die Be-  
handlungen mit den Brauereien und Gastwirten sind noch in der  
Schwebe.

Herabsetzung des Papierpreises. Der Verband Deutscher  
Druckverleger hat den seit September v. J. gültigen  
Preis für Druckpapier für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März  
um 50 Pfennig auf 34 Mark für 100 Kilogramm (im Frieden  
34 Mark) ermäßigt. Bei Bezahlung innerhalb 14 Tagen wird  
ein Nachlaß von 1 1/2 Prozent gewährt.

### Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 7. Januar. Das völk. Staatsministerium hat einen  
Kursenlauf über das Staatsministerium und die Ministerien fest-  
gesetzt, der an Stelle des Arbeits- und Ernährungsausschusses ein  
Verwaltungsausschuss setzt.  
Eingetragene. 7. Jan. Stadtarzt Dr. Klein hat sein Man-  
nat als Kommandant des Abwehrkorps niedergelegt. Dieser Ent-  
schluß wird damit begründet, weil Dr. Klein bei der Vergebung  
der Verleihungsurkunde in Ordnung nicht berücksichtigt wurde.  
München, 7. Jan. Zu dem Verhör über das Reichs-  
verbrechen gegen Hitler wird dem Landespräsident des Süddeutschen  
Kriegsverwaltungsbüros von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Frage,  
ob eine Übersetzung Hitlers vorliege, seit einiger Zeit Gegenstand  
der Prüfung seitens des Staatsanwaltschafts ist. Ueber die einzelnen  
Punkte der Auslage Hitlers im Prozeß Strecker-Lupow, in denen  
die Übersetzung gefordert werden könnte, ist jedoch seitens der  
Staatsanwaltschaft eine Mitteilung bisher nicht gemacht worden.

Köln, 7. Jan. Der Rhein tritt immer mehr zurück. Jede wei-  
tere Hochwassergefahr ist beseitigt.

Elene, 7. Jan. Das Hochwasser fällt weiter. In Calcar haben  
drei Viertel aller Häuser im Wasser gestanden. Der Hochwasserstand  
beträgt sich dort auf 400.000 Mark. In Emmerich, wo das  
Hochwasser sehr viel Land weggewaschen hat und die 1920 geschaffenen  
Deichanlagen teilweise durchbrochen und abgeschwemmt sind, ist der  
Schaden sehr groß.  
Ragdeburg, 7. Jan. Dem früheren Vorsitzenden der hiesigen  
Strafkammer, Landgerichtsdirektor Ewerdt, der im Zusammen-  
hang mit dem Rathart-Prozeß bekannt geworden ist, wurde der  
Vorstoß einer Zivilkammer übertrugen.

Medienburg, 8. Jan. In Bleskau bei Rostock brannte ein  
Stallgebäude vollständig nieder. 63 Kühe, 2 Pferde und viel Ge-  
fäßel kamen in den Flammen um. Außerdem verbrannten große  
Heu- und Strohmäntel. Allen Anschein nach liegt Brandstiftung vor.  
Berlin, 7. Jan. Auf das Reichstagsprogramm des Reichsprä-  
sidenten anlässlich des Ablebens der Königin-Mutter erwiderte der  
König von Italien: Zunächst im Namen der Königin spreche ich  
Ew. Exzellenz meinen lebhaftesten Dank aus für die Teilnahme an  
unserem Schmerz in dieser traurigen Stunde. Viktor Emanuel.

Berlin, 7. Januar. Der Reichstag nahm den Antrag des  
holländischen Schiffahrtvertrages und des Protokolls des spanischen  
Wirtschaftsvertrages an. — Direktor Bruha von den Krupp-Werken  
fordert eine deutsch-französische Zollunion. — Wie eine Berliner Kor-  
respondenz erzählt, wurde das Verfahren gegen den Abg. Lange-  
Fegemann, gegen den während der Barmeraffäre schwere Anklagen  
erhoben worden waren, eingestellt. — Die Stadtverordneten-  
versammlung wählte in ihrer heutigen Sitzung den sozialdemokrati-  
schen Abgeordneten Hof wiederum zu ihrem Vizepräsidenten. — Die Nach-  
richt von der Supplierung des Landgerichtsdirektors Schwärze,  
der einen Einblick in die Transaktionen des Reichsbankdirektors  
Arnold gehabt haben soll, trifft, wie die „B. Z.“ erzählt, nicht zu.  
Tatsache sei jedoch, daß auf Antrag des Kammergerichtspräsidenten  
ein Disziplinarverfahren gegen Schwärze eingeleitet worden ist. —  
Die Nachricht, daß der Wilson-Preis Streifmanns angeboten wurde,  
wird von Berlin und Washington demüthet.

Stettin, 7. Jan. Wie bereits gemeldet, ist der Dampfer „Alara  
Kunthmann“ von der Keederei Kunthmann seit mehreren Tagen mit  
verlorenem Ladung von Leningrad unterwegs im Finnischen Meer-  
busen im Eis blockiert. Von dem Dampfer ist heute nachmittags fol-  
gendes drahtloses Telegramm eingegangen: Liegen im Packeis mit  
anderen Schiffen. Bis Anfang nächster Woche Proviand, Eisbrecher-  
hilfe ausbleibt, da nur ankommenden Schiffen geholfen wird.  
Treiben im Eis umher.

Stettin, 7. Jan. Wie die Keederei Kunthmann heute abend er-  
zählt, ist den im Finnischen Meerbusen im Eis eingeschlossenen sieben  
deutschen Dampfern, unter denen sich auch die Stettiner Schiffe  
„Alara Kunthmann“ und „Marienburg“ befinden, bereits ein Mangel  
an Lebensmitteln hat, durch russische Frigorate Proviand herab-  
geschickt worden. Die Mannschaften befinden sich, einem Radio-  
telegramm zufolge, wohl.

Genf, 7. Jan. Der frühere Kronprinz von Rumänien hat aus-  
drücklich erklärt, daß sein Verzicht auf die Thronfolge nicht durch  
politische Erwägungen bestimmt worden sei.

Paris, 7. Jan. Ein französisches Transportflugzeug hat mit  
acht Passagieren heute vormittags die Strecke Paris-Amsterdam in  
1 Stunde 50 Minuten, das heißt mit einer Stundengeschwindigkeit  
von 204 Kilometern, zurückgelegt.

Paris, 7. Jan. Nach einer Meldung der Radio-Agentur aus  
Athen verlautet gerüchelt, daß eine Verbindung gegen Vangelos  
aufgebrochen worden ist. Die Befehlshaber hatten bereits einen Plan  
entworfen, wonach ein Rabinet unter der Präsidentschaft des Ge-  
nerals Politis gebildet werden sollte. Vangelos sollte zum Prä-  
sidenten der griechischen Republik ernannt werden.

Paris, 7. Jan. Der Senat hat das Vertrauensvotum für das  
Kabinett Briand angenommen.

Madrid, 8. Jan. Der Abgeordnete Abd el Krime, Cunniga, hat  
sich noch länger zurückgezogen.

Dalo, 8. Jan. Das Herresbudget, das in der letzten Staatsrat-  
sitzung behandelt wurde, weist eine Gesamtausgabe von 32,2 Millio-  
nen Kronen auf. Das bedeutet eine Erparnis von reichlich zwei  
Millionen Kronen. Es werden bedeutende Einschränkungen in der  
Organisation des Herres vorgeschlagen. Eine Reihe von Festungs-  
anlagen soll geschlossen werden. Das Budget für das Herresflugwesen  
weist etwas größere Ausgaben auf.

London, 7. Jan. Den Blättern zufolge wurde ein Teil der Be-  
lagung des Luftschiffes R. 33 und ein Teil der Arbeiter der Flug-  
stationen von Cordonia und Bulham entlassen. Die Mitglieder der  
Belagerung wurden verhaftet, daß ihre Dienste bis 1928, d. h. bis  
die beiden neuen Schiffe fertig seien, nicht gebraucht werden.

London, 7. Jan. Wie die „Evening News“ berichtet, sind die  
Vorstellungen der deutschen Regierung wegen der unmittelbaren nach  
Parlamentsbeschluss ohne vorherige Benachrichtigung erhobenen Zoll-  
abgabe auf Handelswaren und Messerwaren von dem englischen Han-  
delsministerium abschlägig beschieden worden. Eine Note dieses In-  
halts wird in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen.

Toronto, 7. Jan. Auf wenige Meilen von Toronto entfernt ge-  
legenen, jetzt verlassenen Gas- und Petroleumfeldern wurden bedeu-  
tende Mengen von Heliumgas entdeckt. Man rechnet mit einer Er-  
giebigkeit von 100.000 Kubikfuß jährlich.

San Francisco, 7. Jan. Gestern abend um 9,54 Uhr wurde  
die Umgehung der Stadt von San Francisco von einem heftigen  
Erdbeben erschüttert.

### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 7. Jan. Der Geschäftsordnungs-Ausschuss des  
Landtags setzte heute seine Beratungen bei § 14 des Geset-  
zentwurfs fort. Darnach sind Fraktionen Vereinigungen von  
mindestens 5 Mitgliedern. Zur verhältnismäßigen Berücksich-  
tigung bei der Berechnung der Ausschüsse ist der Zusammenschluss  
mehrerer Gruppen von Mitgliedern in eine Fraktion, der An-  
schluss einer Gruppe an eine Fraktion oder ein Ausschuss frak-  
tionloser Mitglieder an eine Fraktion oder Gruppe zulässig.  
§ 15 handelt von der Reihenfolge der Fraktionen im Vorstand  
und in den Ausschüssen, § 17 von der Bildung des Referen-  
rates, § 18 von seiner Einberufung, § 19 von den Aufgaben  
des Referenrates, § 20 behandelt die Bildung der Landtags-  
ausschüsse, § 21 die Mitgliederzahl und die Wahl der Aus-  
schüsse, § 22 den sachlichen Inhalt der Verhandlungen der  
Ausschüsse, § 23 die Bestellung von Schriftführern und Be-  
richterstattern innerhalb der Ausschüsse, § 24 die Ausübung  
von beratenden Mitgliedern und § 25 die Befugnisse der  
Ausschüsse. § 26 handelt von der Beschränkung der  
Diskussion bei den Ausschussberatungen. Hierbei ist an dem  
seitigen Referat Modus festgehalten worden, wonach bei der Be-  
richterstattung über die Ausschussverhandlungen die Namen der  
Redner nicht genannt werden sollen. Dagegen ist es gestattet,  
die Parteibezeichnung im Bericht zum Ausdruck zu bringen.  
§ 27 handelt von der Verteilung der Vorlagen, § 28 von den  
Anträgen der Mitglieder, § 29 von der Beratung der Vor-  
lagen im Plenum. Hier wurde abgebrochen. Fortsetzung mor-  
gen Freitag 10 Uhr.

Die bündischen Sozialdemokraten für die Große Koalition.  
Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Karlsruhe sprach  
sich eine überaus viele sozialdemokratische Parteiverammlung nach  
einem Referat Crispian in Opposition zu den Ausführenden  
des Referates mit großer Mehrheit für den Eintritt der So-  
zialdemokraten in eine Reichsregierung der Großen Koalition aus.  
Dolchstoßprozedur und Amnestie.  
München, 7. Jan. Ein Münchener Blatt schreibt, daß die  
Amnestierung des Redakteurs Gruber hinsichtlich des Urteils  
im Dolchstoßprozeß nicht zu erwarten sei, da dieser Fall nach  
Aufhebung der zuständigen Stellen nicht unter das bayerische  
Amnestiegesetz falle. Wie der Landbesitz des „Eld. Corr.“  
Würos hierzu von maßgebender Seite erzählt, ist eine Entschlei-

dung der zuständigen Stellen über die Frage, ob das Urteil  
unter die bayerische Amnestie falle, noch nicht getroffen worden.  
Den beiden Prozesspartnern ist Gelegenheit gegeben worden,  
sich zu dieser Frage zu äußern. Die Frist hierfür läuft erst am  
10. Januar ab.

### Bayern und die Preisfestsetzung.

München, 7. Jan. Der Preisfestsetzungsausschuss teilte der  
bayerischen Handelsminister heute im Wirtschaftsamt des  
bayerischen Landtags mit, daß auf dem Gebiete der Brot- und  
Fleischpreise durch Verhandlungen des Ministerpräsidenten und  
der Ressortminister mit den Wirtschaftsgruppen größere Preis-  
berichtigungen erzielt werden konnten. Eine Derabsetzung des  
Reichsbrotpreises werde von Bayern angelehnt. Die Kar-  
telle müßten scharf beobachtet werden, um Mißstände zu ver-  
hindern. Man dürfe sie aber nicht zerlösen.

### Politische Expansionsbestrebungen an der bayerischen Grenze.

München, 7. Jan. Der Abgeordnete Graf Treuberg hat  
mit Unterstützung von Mitgliedern der deutschnationalen Frak-  
tion an die Staatsregierung folgende kurze Anfrage gerichtet:  
„In letzter Zeit dehnen sich die politischen Expansionsbestre-  
bungen ganz unvorhergesehen bis an die bayerische Grenze aus.  
Man erklärt, daß Italien sich bis an das Karwendelgebirge,  
bis nach Schwyz und Kuffien ausdehnen müsse. In Sü-  
dtirol geht man davon aus, nun auch den Deutschen welche Namens-  
änderungen aufzuzwingen, um so das Deutsche wenigstens  
äußerlich ganz verschwinden zu lassen. In Deutschland lebende  
Italiener schließen sich zu italienischen Gruppen zusammen und  
tragen ihre deutschfeindlichen Absichten offen zur Schau.  
Wollen sich die in Italien lebenden Deutschen in Gruppen,  
z. B. des Andreas-Hofer-Bundes, zusammenschließen, so ließe  
sich Gefahr für Leib, Leben und Besitz. Ist der Staatsregierung  
die Bildung sozialistischer Ortsgruppen in Bayern bekannt und  
welche Beweggründe hat sie, diese deutschfeindlichen sozialistischen  
Gruppen in Bayern, vor allem in München zu dulden?“

### Kein Kabinett ohne Parteibindung.

Reichsminister Dr. Luther ist am Donnerstag in später  
Abendstunden wieder in Berlin eingetroffen. Er wird vorans-  
ichtlich am Freitag mittag beim Reichspräsidenten von Hinden-  
burg erscheinen, um von ihm den Auftrag zur Regierungsbil-  
dung entgegenzunehmen. In Berliner politischen Kreisen hat  
sich die Ansicht hart gefestigt, daß die Bemühungen des  
Zentrums und der Demokratie, die Sozialdemokraten doch noch  
für die Große Koalition zu gewinnen, erfolglos bleiben wer-  
den, auch dann, wenn vom Zentrum am Sonntag der Beschluß  
gesehen werden sollte, in neue Verhandlungen über diese Frage  
einzutreten. Eine Beschäftigung erhält diese Ansichtung durch  
den „Vorwärts“, der heute abend auf einen Artikel des sozial-  
demokratischen Abgeordneten Solmann hinweist, der sich scharf  
gegen die Koalition ausspricht und festhält, es muß bei dem  
Spruch der Fraktionsmehrheit, die mit Rein gefimmt hat, lie-  
ben. Der „Vorwärts“ unterstreicht noch einmal, daß der Stand-  
punkt Solmanns dem der großen Mehrheit der Reichstags-  
fraktion entpöche. Eine Kabinettsbildung ohne Parteibin-  
dung wird von deutschnationaler und sozialdemokratischer Seite  
abgelehnt.

### Vor einem Aufschub in Ungarn?

Berlin, 7. Jan. Der Altlerdirektor des Brinzen Windisch-  
gräß, der mittlerweile gleichfalls in das Untersuchungsgefängnis  
eingebraucht wurde, gab an, daß die Forderungen des Brinzen  
nur den einen Zweck gehabt hätten, die Aktion des Habs-  
burger Thronwärters Erzherzog Albrecht zu unterlegen.  
Es scheint, daß die Stelle Hofrath endlich erledigt ist.  
Nachdem der Erzherzog Albrecht durch die Affäre schwer kom-  
promittiert ist, sind die Chancen Ottos, des ältesten Sohnes  
der früheren Königin Rita, gestiegen. Die Legitimisten planen  
offenbar schon jetzt, Otto zum König auszurufen und eine Re-  
gentschaft einzurichten.

### Ludwig Windischgräß, Prinz, Minister, Kartenspieler, Geldfälscher.

Budapest, 7. Jan. Nachdem die Franzosen alles wußten,  
mußte Prinz Ludwig Windischgräß auch von der ungarischen  
Regierung fallen gelassen werden, und kurz nach seiner Ver-  
haftung wurde der Prinz in einem an das Ausland gefandten  
Telegramm als der oberste Chef der ungarischen Geldfälscher-  
bande bezeichnet. Im Alter von 43 Jahren ist nun der Träger  
eines der glänzendsten aristokratischen Namen in Oesterreich  
und Ungarn zu einem gewöhnlichen Verbrecher degradiert, der sich  
wohl mit politischen Motiven verteidigt, dem aber nur sozial  
zugebilligt wird, daß er, Eigentümer von 20.000 Joch Boden  
in Ungarn und Erbe von weiteren 20.000 Joch in der Habs-  
burger Monarchie, um seine Kartenschulden zu decken, einen der schmutzigen  
Skandale der Weltgeschichte heraufbeschworen hat. Und  
wenn mit dem Erlaß aus dem gefälligen Banknoten auch der  
Glanz des verfallenen ungarischen Königtums wieder aufge-  
frischt werden sollte, so ändert das doch nichts an dem Umstand,  
daß die drückenden Kartenschulden das treibende Motiv waren.  
Dank seinem glänzenden Namen, den glänzenden Traditionen  
seiner Familie konnte der Prinz früher u. heute mehr ertragen,  
als andere, befähigtere Männer: Er war der Intimus des  
jungen Kaisers Karl, der nichts machte, was ihm andere rieten,  
nur auf Windischgräß hörte, der der mächtigste Mann bei Hofe  
wurde. Bei Ausbruch des Umsturzes war Windischgräß für  
die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlich, deren  
gemaltames Ende er nicht aufhalten konnte, war Ernährungs-  
minister und in dieser seiner Eigenschaft bereits einmal im  
Mittelpunkt eines schmutzigen Panamas. Er und sein Staats-  
sekretär Moricz, der erst vor einigen wenigen Tagen als Stön-  
genosse des Sowjetlands in Ungarn verhaftet wurde, Win-  
dischgräß, debattierte die Anklage, hätte den ungarischen Staat  
bei der Vergebung einer Kartoffellieferung geschädigt und  
vier Millionen, damals etwa zwei Millionen Schweizer Fran-  
ken, für sich verwendet. Der Name des allmächtigen Prinzen  
hätte aber genug Kraft, um jede gerichtliche Untersuchung nie-  
derzuschlagen, und wenn er von diesem Tag an im Kreise der  
Opposition nur der „Kartoffelprinz“ genannt wurde, so nah-

Arnsbach.  
Zwei Paar sehr schöne  
Läufer-  
Schweine  
hat preiswert abzugeben  
Ernst Buchter.

Ronditor-  
Badofen  
zu verkaufen, wie neu (zwei  
Monate im Betrieb) mit Warm-  
wasserbehälter und Trocken-  
schrank. Ansehen bei  
H. Sibold, Bens. Sibold,  
Gerrenald.

Gesucht wird ein 14- bis  
16-jähriges  
Mädchen  
aufs Land für 1. Februar oder  
1. März.  
Angebote sind zu richten an  
die „Enztaler“-Geschäftsstelle.  
Der praktische  
Kalender  
für Forstbeamte  
ist wieder vorrätig und empfiehlt  
sich billiger.  
C. Meck'sche Buchhandlung,  
Jnh.: D. Strom.

